



Nachdem das Polizeipräsidium Köln das Camp mit Verfügung vom 8. August 2025 verboten hat, erhoben die Veranstalter Klage beim Verwaltungsgericht in Köln. Dieses lehnte umgehend die Aufhebung des Verbotes ab. Das Gericht bestätigte die kühnen Interpretationen der angeblich gewalttätigen Parolen des Camps durch die Kölner Polizei.

Am 23. August jedoch hob das Oberverwaltungsgericht in Münster mit dem Verweis auf die Versammlungsfreiheit das Verbot endgültig auf: „Das Verbot des Protestcamps erweist sich als rechtswidrig, weil es die Versammlungsfreiheit des Antragstellers verletzt. Im Protestcamp sind nach dem Veranstaltungskonzept Diskussionen, Vorträge, Workshops und künstlerische

Aktionen geplant. Hiervon geht keine Gefahr aus. Soweit der Veranstalter zu Blockaden gegen rüstungsrelevante Einrichtungen im Kölner Stadtgebiet außerhalb des Campgeländes aufruft, müssen sich etwaige polizeiliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr gegen diese - für sich zu bewertenden Protestaktionen - richten. Entgegen der Einschätzung des Polizeipräsidiums kann nicht angenommen werden, dass die vom Veranstalter angegebene Zwecksetzung des Protestcamps lediglich vorgeschoben ist und die Auslösung gewaltsamer Aktionen oder anderer Störungen der öffentlichen Sicherheit das wahre Ziel der Versammlung darstellt.“

<https://www.justiz.nrw.de/presse/2025-08-23>

Natürlich freuten sich die Veranstalter, dass sie mit ihrem Camp ihren Protest gegen den Krieg öffentlich machen konnten, aber es blieb der schale Nachgeschmack, dass es in der Hand der Herrschenden liegt, ob überhaupt die gesetzlich gewährleistete Meinungs- und Versammlungsfreiheit gestattet wird.

Etwas verspätet, aber dennoch rechtzeitig konnte also mit dem Aufbau des Camps – trotz Behinderung durch Polizeimaßnahmen – begonnen werden.



Hunderte Kriegsgegner schlugen ihre Zelte auf der grünen Wiese auf, die sanitäre Versorgung und die Verpflegung wurden sichergestellt. An mehreren Orten fanden Workshops statt, die sich mit den unterschiedlichen Aspekten der Kriegsverweigerung beschäftigten.

Parallel zum Camp wurden Aktionen gegen Rheinmetall und die Indienstnahme junger Menschen zu kriegerischen Zwecken organisiert. Zwar wurde die Demonstration vor dem Wohnhaus des Rheinmetallchefs Pappberger von der Polizei weiträumig umgeleitet und die Blockade vor dem Bundeswehr-Karrierecenter in Köln, Brühler Straße, von der Polizei aufgelöst, aber die Aktionen hatten trotz allem ein breites mediales Echo.



Krönender Abschluss des antimilitaristischen Camps sollte eine Anti-Kriegs-Parade durch die Kölner Innenstadt sein. Tausende Teilnehmer (die Schätzungen sind aufgrund der von der Polizei geschaffenen chaotischen Verhältnisse ziemlich ungenau) versammelten sich am frühen Nachmittag des 30. August am Heumarkt. Allerdings verzögerte sich der Abmarsch über zwei Stunden, da die Polizei nach Fahnenstangen, verummten Personen und was sie sonst noch störte, suchte. Auch während der Parade kam es immer wieder zu Übergriffen der Polizei auf einzelne Blocks von Demonstranten. Glorreicher Abschluss der Polizeiaktion war die stundenlange Einkesselung von Kriegsgegnern, um deren Personalien festzustellen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass eine beleidigte Polizei ihr gekipptes, famos begründetes Verbot der gesamten Veranstaltung mit einem extrem radikalen Vorgehen wettmachen wollte.

# „Wer entwaffnet Rheinmetall...?!“ Von der Analyse zur Meuterei – Sagt NEIN!“

Beitrag im Workshop „Von der Analyse zur Meuterei“, Sagt NEIN!

Am Mittwoch, 27. August, organisierte die Gewerkschaftsinitiative „Sagt NEIN!“ im Zelt 2 auf dem Camp-Gelände eine Diskussionsveranstaltung zu den Kriegsgründen, der Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg, den negativen Folgen für weite Teile der Insassen der kriegunterstützenden Länder und den Möglichkeiten des Widerstandes. Unter der Moderation von Jürgen erläuterten Renate und Andreas ihre Sicht der derzeitigen kriegerischen Ereignisse. Während und nach den Vorträgen kam es zu lebhaften Diskussionen der vorgestellten Thesen und Schlussfolgerungen.



## Andreas:

Genossinnen und Genossen,

wir reden hier als Aktivist\*innen und Vertreter\*innen der gewerkschaftlichen Basisinitiative ´Sagt NEIN! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden´. Wir haben uns vor zwei Jahren im Vorfeld der Gewerkschaftskongresse der ´vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di´ und der ´Industriegewerkschaft Metall / IGM´ (zwei der weltweit größten Einzelgewerkschaften mit zusammen mehr als 4 Mio. Mitgliedern) organisations-übergreifend und mit einer klar antimilitaristischen und internationalistischen Perspektive zusammengefunden, um den von unseren Vorständen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund/DGB eingeschlagenen Kurs der aktiven Kriegsunterstützung und des Burgfriedens zu verhindern. Das ist uns noch nicht gelungen. Aber mittlerweile unterstützen

unseren Aufruf fast 28.000 Kolleg\*innen in über 120 Städten in Deutschland und zunehmend auch Kolleg\*innen aus anderen Ländern. Wir sind präsent. Wir werden gehört.

### **Jürgen (Moderator):**

Ja, vielen Dank Andreas zum Hintergrund der Initiative. Und Renate, du versorgst uns jetzt mit viel Wissenswertem.

### **Renate:**

Vorweg ein Wort dazu, dass dieses Camp eine ganze Weile verboten war und erst in letzter Sekunde überhaupt wieder erlaubt wurde.

1. Man kann sich freuen, dass das noch so gelaufen ist.
2. Man sollte zur Kenntnis nehmen, was Meinungs- und Pressefreiheit sind – Rechte, die von Staats wegen gewährt sind und die deshalb auch unter seinen hoheitlichen Erwägungen stehen.
3. Dieser Fall, den ihr also hautnah miterlebt, ist insofern einzuordnen unter all das, was [„das liberalste Deutschland, das es je gab“](#) (ernstgemeint!) nicht mehr aushält. Je mehr die Politik in Sachen Aufrüstung fortschreitet – heute wird das neue Rheinmetall-Werk in Unterlüß eingeweiht, Pistorius und Rutte sind dabei! –, desto mehr wird an Verboten zu erwarten sein.
4. Schreit dann nicht, dass die Demokratie verraten wird, sondern macht euch klar: So ist sie schon immer gemeint gewesen.
5. Ich verweise auf mein Buch „Medien. Macht. Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit“.

Den Willen zur Aufrüstung haben alle, die hier sind, zur Kenntnis genommen – und wollen dagegen antreten. Aber wogegen genau gilt es da zu kämpfen?

Dazu einige Überlegungen:

Der erste wesentliche Punkt mag banal klingen, ist aber wichtig: Der Wille zur Aufrüstung kommt von allen maßgeblichen politischen Parteien des deutschen Staats – es handelt sich nicht einfach um Rüstungslobbyismus. Natürlich verdienen Unternehmen daran und natürlich knallen im Moment die Sektkorken bei den Rüstungsfirmen. Allerdings – und das ist eigentlich für jeden offensichtlich: Es sind die Politiker, die zurzeit gar nicht schnell genug kriegen können von den 1 a tödlichen Produkten.

Jeden Tag hören wir zurzeit die Ansagen der Politiker, dass und wie die Aufrüstung beschleunigt werden muss. Es ist laut Kanzler Merz das erklärte politische Ziel dieser Republik, die konventionell stärkste Armee auf dem europäischen Kontinent auf die Beine zu stellen. Die Oppositionsparteien sind dabei: Auch die AfD, die den Ukraine-Krieg kritisiert, ist für mehr deutsche Aufrüstung. Und selbst die Linkspartei ist inzwischen „an Bord“ und hat die Grundgesetz-Änderung zugelassen, die unbegrenzten Kredit für die kommenden Rüstungsanstrengungen genehmigt. Jan van Aken redet heute davon, dass Europa sich auf eigene Füße stellen muss...

Insofern ist erst einmal offensichtlich, wer hier Subjekt ist und wer für diese Politik die Mittel liefert und daran dann eben verdient.

Im Aufruf zu diesem Camp ist die Rede von „Rüstungswahn“ und europäischen Großmachtphantasien. Solche Formulierungen sind einerseits verständlich.

Wenn man auf die Welt schaut und daran denkt, welche Probleme die Mehrheit der Leute hier hat – keine/schlechtbezahlte Arbeitsplätze, keine/teure bis unbezahlbare Wohnungen, Scheiß Lebensmittel, Lärm, Gifte, ein mieses Gesundheitssystem, ÖPNV undsoweiterundsofort –

erscheint es wie „Wahnsinn“, jetzt auch noch Geld in Waffen zu stecken, statt sich diesen sehr existenziellen Problemen zu widmen. Und dann gibt es ja auch noch einen „Klimawandel“, bei dem das Vorgehen gegen die zerstörerischen Folgen inzwischen ganz hinten auf die Prioritätenliste gerückt wurde...

Man könnte also durchaus auf die Idee kommen, die Weltlage als eine zu beschreiben, in der sich die Herrschenden wie idiotische Gockel verhalten, die eine unsinnige Konkurrenz ihrer persönlichen Eitelkeiten auf dem Rücken der Völker austragen, STATT... - und dann käme eine ganze Liste von all dem, was „vernünftigerweise“ jetzt alles zu tun sei, um die „wahren“ Probleme der Welt in den Griff zu kriegen.

ABER: So läuft diese Kiste nicht. Diese Gesellschaft ist nicht so gestrickt, dass man einfach fordern könnte: Hört auf mit diesem Unsinn, Geld für Soziales und Umwelt statt für Waffen.

Dazu einige kurze Gedanken.

Der Eid des deutschen Kanzlers bzw. der Kanzlerin lautet: „Das Wohl des deutschen Volkes mehren“. Stellen wir mal die Frage, worin dieses „Wohl“ besteht.

Wenig Arbeit, viel Freizeit, schöne Schwimmbäder oder Saunen für alle, gute Rockkonzerte? Oder wenigstens – wenn auch weniger lustig: sichere Einkommen durch Arbeitsplätze für alle, anständige Krankenhäuser und Altenpflege.

Ihr alle wisst, dass das nicht die Parameter sind, die das Wohl des deutschen Volks anzeigen. Stattdessen gibt es eine entscheidende Zahl und die heißt: Um wieviel Prozent wächst die deutsche Wirtschaft.

Zweck dieses Staats (wie übrigens aller modernen Staaten) ist: Wachstum! Das ist keine Einbildung von VWLern oder sonstigen Apologeten, sondern das ist in marktwirtschaftlich verfassten, kapitalistischen Gesellschaften tatsächlich so. Von einem erfolgreichen Wirtschaftswachstum hängt alles ab – die Profite der Unternehmen natürlich, aber auch das Leben jedes einzelnen (zumindest im negativen Sinn: wenn kein Wachstum, sieht alles mies aus – die Arbeitsplätze ebenso wie die Sozialgelder, obwohl man die genau dann natürlich am dringendsten braucht). Das Leben der Bevölkerungsmehrheit, der vom Lohn abhängigen, ist davon abhängig gemacht, dass „die Wirtschaft funktioniert“ bzw. wächst, anders gesagt: die deutschen Unternehmen Profit erwirtschaften.

Dieses Wachstum wird ganz wesentlich auch über die nationalen Grenzen hinaus erwirtschaftet – jeder Staat (auch die größten) ist für die Verwertungsbedürfnisse seines Kapitals zu klein, denn diese Verwertungsbedürfnisse sind maßlos und grenzenlos (wie Marx feststellt).

Das bedeutet, dass die ökonomische Konkurrenz der Unternehmen global stattfindet: die gesamte Erde wird dafür benutzt, kein Fleckchen, es mag noch so weit abgelegen sein, ist dafür uninteressant. Interessante Rohstoffe aufzuspüren, Märkte für die eigenen Waren in Anspruch nehmen, billige Arbeitskräfte ausnutzen usw. – darin besteht das Alltagsgeschäft der weltweit agierenden Firmen und Konzerne.

Allerdings: Überall gibt es Staaten – Staaten, die das Verfügungsrecht über Land und Leute haben. Der nationale Nutzen hängt insofern ab davon, wieviel Einfluss, wie viel Erpressungsmacht der eigene Staat gegenüber seinen Kollegen auf der Welt besitzt, um für seine Unternehmer annehmlische Bedingungen auszuhandeln, mit denen die dann ihr segensreiches Wirken überall auf der Welt vollziehen können.

Es ist also kein „Wahn“, keine „Phantasie“, dass Staaten andere Staaten nötigen, erpressen, günstige Bedingungen für ihre jeweiligen nationalen Kapitale durchsetzen – das ist vielmehr die notwendige politische Begleitung der ökonomischen Konkurrenz. Die Zollpolitik von Donald Trump bietet zurzeit ja ein schönes Anschauungsbeispiel dafür; an ihr kann man sehen, wie

sämtliche Abhängigkeiten, ökonomische wie politische, ausgenutzt werden, um dem US-Kapital wieder bessere Bedingungen auf der Welt zu verschaffen.

Halten wir als kurzes Zwischenfazit fest: Das ist die friedliche (!) Welt des Handelns. Und natürlich ist bereits in ihr zu sehen, dass die ökonomische Konkurrenz eine Welt voller harter Gegensätze ist. Der Grund: Der internationale Kapitalismus ist – ganz entgegen seiner Ideologie – kein win-win, kein gegenseitiger Vorteil, sondern da wollen sich Staaten aneinander bereichern und, zumindest letztlich, ist der Gewinn des einen der Verlust des anderen.

Militärische Mittel sind deshalb die ultima ratio dieses Geschäfts – die Notwendigkeit für die harten Gewaltmittel kommt aus diesem angeblich „friedlichen“ Geschäft und seinen Gegensätzen raus.

Es gibt ja den Spruch: Solange Handel getrieben wird, wird nicht geschossen. Richtig muss es heißen: Weil Handel getrieben wird, wird auch irgendwann geschossen!

Neben der ökonomischen Konkurrenz gibt es deshalb eine geostrategische, eine Konkurrenz um Einfluss-Sphären, Machtbefugnisse, Bündnisse usw.. Die maßgeblichen Staaten stellen sich auf und verschaffen sich die Mittel, eine „regelbasierte Weltordnung“ in ihrem Sinne durchzusetzen: alle Staaten sollen sich der Freiheit des Welthandels öffnen (Kalter Krieg) und Staaten, die mit den Ergebnissen des Weltmarkts unzufrieden sind, werden militärisch bedroht (Irak, Libyen, Venezuela usw.).

Das alles wissen die Staaten und ihre Funktionäre, die Politiker, sehr gut. Schon im schönsten Frieden und noch bevor irgendein konkreter Feind feststeht, fangen sie an aufzurüsten!

Dabei rüsten alle selbstverständlich nur zur *Verteidigung* auf – nicht sie, sondern nur die anderen sind potenziell unfriedlich, bedrohend. Das ist logisch betrachtet zwar Unfug, weil eine große Tautologie, ein Zirkel. Allerdings ist auch ein Stück daran wahr: In der Tat verteidigt jede Nation ihre Interessen – die allerdings sind verdammt ausgreifend und stehen im Gegensatz zu den Interessen vieler anderer Staaten. (Und es gilt ein interessantes Gesetz: je reicher eine Nation, je mächtiger sie bereits ist, desto mehr hat sie zu verteidigen... am Ende die ganze Weltordnung...)

Staaten haben aus den hier dargelegten Gründen Armeen und bestellen sich Waffen – sie sind die Subjekte (nicht die Rüstungsfirmen). Sie verfahren nicht so, weil sie „wahnsinnig“ sind, sondern weil sie den Zusammenhang von Geschäft und Gewalt verstanden haben. Und eine so potente kapitalistische Exportnation wie Deutschland hat auch keine „Großmacht-Phantasien“, sondern muss ihr weltweit ausgreifendes Geschäft tatsächlich militärisch absichern können. Das ist ein wirklich notwendiger Zusammenhang und wer den Frieden des kapitalistischen Deutschland nicht kritisieren will, der soll von seinem Militarismus lieber schweigen (um es angelehnt an Horkheimer zu sagen).

Und übrigens: 76 Prozent der Bevölkerung (also auch die große Masse der Lohnabhängigen) sind laut Umfragen für mehr Aufrüstung, selbst wenn mehr Schulden nötig werden), auch wenn viele die Wehrpflicht ablehnen und ungern persönlich in einen Krieg ziehen würden. Klar – eine solche Haltung hat durchaus etwas mit der Propaganda der Medien zu tun (ich verweise dazu auf mein Buch!).

Allerdings muss auch deren Stimmungsmache auf einen fruchtbaren Boden fallen, d.h. eine irgendwie positive Einstellung zum Militär und zur „nationalen Sicherheit“. Die hier versammelten Camp-Teilnehmer könnten die Medien mit noch so dicken Schlagzeilen und Horror-Überschriften über Putin vermutlich nicht dazu bringen, die nationale Aufrüstung, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und dergleichen gut zu finden... (Es ist wichtig, das zur Kenntnis zu nehmen und sich diese politische Haltung der Bevölkerung auch zu erklären;

Vorstellungen vom „autoritären Charakter“ oder Manipulationstheorien sind da zumindest unbefriedigend, um es freundlich zu sagen.)

Konkret: Wer sagt „Rheinmetall entwaffnen“, sollte seinen Blick erstmal darauf richten, warum es sowas wie Rheinmetall überhaupt gibt, warum die Produktion von Panzern und anderen tödlichen Waffen in einer kapitalistischen Nation ein Geschäft ist, wer diese Produkte warum haben will ...

Die Antwort darauf heißt:

Waffen sind Mittel dafür, gewaltsam einen politischen Willen gegen staatliche Konkurrenten durchzusetzen. Sie sind Mittel staatlicher Souveränität, mit denen der jeweilige Staat seinen Einfluss in der globalen Konkurrenz vergrößern will.

- Dafür braucht er möglichst *eigene* Waffen. Waffen bei anderen Staaten zu kaufen, macht Staaten in der für sie wichtigsten Frage – der Frage ihrer Souveränität – abhängig, ist deshalb unerwünscht.
- Deshalb werden auch Waffen von *exzellenter Qualität* benötigt, die allen anderen möglichst überlegen sind. Ein Staat kann und will in dieser Frage nicht sparen (wie er es sonst insbesondere bei seinen sozialstaatlichen Handlungsfeldern normalerweise tut).
- Gleichzeitig ist der Staat für die Rüstungskapitale der einzige mögliche Abnehmer. Für ihre oft langfristig zu entwickelnden und zu produzierenden tödlichen Waren verlangen sie deshalb Preis- und Profitgarantien.
- Der Staat versucht, mit *Rüstungsexporten* die Kosten der eigenen Rüstung zu verbilligen, und damit gleichzeitig Abhängigkeiten bei anderen Staaten zu stiften. So werden auch schon die Kapazitäten aufgebaut, auf die man notfalls selbst zurückgreifen kann.

Undsowweiterundsofort – das sind nur einige der besonderen Gesetzmäßigkeiten, die für den militärisch-industriellen Komplex gelten, also das Rüstungskapital im Unterschied zu anderen zivilen Branchen.

Sicherlich gibt es auf dieser Grundlage dann auch eine besondere Nähe zwischen den Vertretern der Rüstungsfirmen und Politikern, Lobbyismus, Bestechung inklusive. Allerdings erklärt das eben nicht, warum die Regierungen ausgerechnet Waffen kaufen (alle Kapitale betreiben ja Lobbyismus) und warum sie diese im Augenblick gerade so vermehrt kaufen (das würde ja heißen, dass der Lobbyismus der Rüstungskapitale bisher nicht vorhanden war oder versagt hat).

Bei Waffen geht es um die wichtigsten Mittel der staatlichen Souveränität und die Staaten entscheiden darüber, wann und in welchem Maß sie aufrüsten. Wenn Staaten diese Mittel nicht für ihre politischen Zwecke benötigen würden, gäbe es kein Rüstungskapital – da könnten die noch so viel lobbyieren. Insofern ist der Titel des Camps „Rheinmetall entwaffnen“ mindestens missverständlich. Es ist weder damit getan noch ist es überhaupt möglich, lediglich die „bösen“ Rüstungskapitale zu eliminieren, damit „alles gut“ wird.

Das Rüstungskapital, nur weil es mit seinem Totschieß-Gerät der sinnfällige Ausdruck der Gewalttätigkeit ist, von einer angeblich friedlichen Politik und einer angeblich friedlichen Gesellschaft abzutrennen, ist ein geistiger Irrweg.

Diese Gesellschaft mit ihrem Zweck der *Geldvermehrung*, der Staat, der diesem Zweck permanent den Weg bahnt, seine Kapitalisten und seine staatsloyalen Bürger passen zusammen wie Topf und Deckel! Das darf man nicht auseinanderdividieren. Das ist mein Ratschlag jedenfalls an der Stelle. Und jetzt übergebe ich an Andreas.

**Jürgen:**

Ja, ich gehe mal kurz dazwischen. Vielen Dank, Renate. Gibt es dazu, bevor Andreas gleich weitermacht, Fragen? Impulse? Da hinten sehe ich zwei Hände. Wir haben nicht so ein langes Kabel, deshalb wäre es schön, wenn ihr laut spricht oder nach vorne kommt. ...

**Andreas:**

*Wer den Frieden des kapitalistischen Deutschland nicht kritisieren will, der soll von seinem Militarismus lieber schweigen*, denn: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“, wie es der Französische Sozialdemokrat und Antimilitarist Jean Jaurès bereits Jahre vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges treffend festhielt.

Gute Analyse ... half jedoch nicht...:

- Jaurès wurde am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Beginn des I. Weltkriegs, von einem französischen Nationalisten ermordet.
- Am nächsten Tag, dem 01. August 1914, erklärte Deutschland Russland den Krieg, am 03. August dann Frankreich. Es folgte das industrialisierte Gemetzel des I. Weltkrieges mit deutlich über 17 Millionen Toten.
- Dessen Ergebnisse führten fast geradlinig in das Massaker des II. imperialistischen Weltverteilungskrieges, dessen Fleischwolf geschätzt mehr als 70 Millionen zum Opfern fielen, davon mindestens 27 Millionen Tote in der Sowjetunion, begleitet vom industriellen Massenord des faschistischen Deutschland an den europäischen Juden, Sinti und Roma, der zusätzlich 7 Millionen Menschen aus rassistischem Übermenschenwahn das Leben kostete und – nicht zu vergessen - dem Abwurf der ersten zwei Atombomben auf Menschen in Hiroshima und Nagasaki durch die USA.

Doch wer gedacht hatte, dass das schiere Ausmaß dieses Horrors zu einem Umdenken hätte führen müssen – so, wie das ja viele idealistisch denkende Menschen auch heute immer noch denken... - der irrte gewaltig. Seit dem Ende des II. Weltkrieges gab es keinen Tag auf dieser Erde, auf dem nicht irgendwo Krieg geführt wurde:

*„Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen.“*

Das konstatierte Rosa Luxemburg schon 1911.

Daran hat sich offensichtlich trotz des Schlachtens im I. und II. Weltkrieg, Korea, Vietnam, Jugoslawien, Tschetschenien, Georgien, Irak, Afghanistan, Lybien, Jemen, Kurdistan, Armenien, Ukraine und Palästina und bereits mehr als 70 Millionen Kriegstoten seit dem Ende des zweiten imperialistischen Weltverteilungskrieges weltweit NICHTS! geändert.



Am 23. März 2023 schrieb die Süddeutsche Zeitung unter der Überschrift `Die Konzerne verdienen so viel wie nie` : „*Trotz* Ukraine-Krieg, Energie- und Wirtschaftskrise, Inflation: Die großen deutschen Unternehmen melden Umsatz- und Gewinnrekorde.“ Einzig falsch an dieser Feststellung ist der Bezug... Nicht TROTZ, sondern GERADE WEGEN Ukraine-Krieg, Energie- und Wirtschaftskrise und Inflation melden nicht nur die großen deutschen Unternehmen, sondern die Multis weltweit Umsatz- und Gewinnrekorde...

Wir leben heute in einer Welt, die uns nur zu vertraut vorkommen müsste: Aufrüstung, Militarisierung, Krieg, Hunger- und Flüchtlingskatastrophen. Aber neu ist: Wir wissen inzwischen, wie oft die Arbeiter\*innenbewegung an solchen Punkten stand – und wie sie gehandelt hat:

- Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführungen in ganz Europa schickten 1914 unter Bruch aller vorherigen Beschlüsse ihre Mitglieder in den Krieg – angeblich `gegen den russischen Despoten-Zaren`, tatsächlich aber für den Profit von Krupp, Thyssen und Co. Konsequenterweise wurde der Burgfrieden erklärt und jede Klassen- und Arbeitskampaufeinanderersetzung eingestellt, die Streikunterstützung ausgesetzt.
- Die jeweils nationalistisch aufgehetzte und verblendete Basis ließ sich überwiegend willig und gar begeistert auf die Schlachtbank ihrer Ausbeuter schicken... Millionen Tote, Verstümmelte und Vertriebene waren die blutige Konsequenz; bis 1917 der Rote Oktober in Russland als erste auf Dauer erfolgreiche historische revolutionäre Erhebung der Arbeiter\*innen und Soldaten das Signal zu weiteren Erhebungen quer durch Europa und faktisch das Ende des Gemetzels einleitete...
- Auch während des Endes der Weimarer Republik, angesichts des europaweit aufkommenden Faschismus und dann im Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht

war es nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiter\*innen, die Widerstand leistete. Die meisten funktionierten in den Rüstungsbetrieben, marschierten mit, hofften auf den eigenen Vorteil – oder schlicht darauf, zu überleben.

- Und – machen wir uns da nichts vor! Viele funktionieren schon wieder. Aus Angst. Aus Ohnmacht. Aus innerer Kündigung. Und zur Bewahrung ihrer Privilegien, ihres ´Stücks vom Kuchen´ - als Teil der, global betrachtet, kleinen ´Wohlstandsinseln´ des globalen Nordens – erneut auch wieder in Deutschland.

August Thalheimer hat es 1930 klarer gesagt, als ich es je könnte: *Der Faschismus braucht keine bewussten Massen – er braucht ihre Passivität. Ihre Verwirrung. Ihr Gewährenlassen.*

Das ist die Realität 2025: Der Krieg nach außen stützt sich auf die Disziplin nach innen und das Gewährenlassen von immer noch viel zu Vielen. Der autoritäre Kapitalismus braucht die Fügsamkeit der Masse wie der Panzer seinen Diesel.

Das ist bitter, aber notwendig zu erinnern. Denn nur so wird klar: Widerstand fällt nicht vom Himmel.

Er ist immer das Ergebnis einer bewussten Entscheidung, eines Bruches mit der verordneten ´Normalität´ der Herrschenden und der Vielen.

Gleichzeitig aber gab es – und gibt es – immer diese andere Linie:

- Liebknecht, Luxemburg, Lenin, Trotzki, die revolutionären Arbeiter\*innen und Soldaten 1917 in Russland und 1918 in Deutschland, die nicht nur analysierten: „*Der Hauptfeind steht im eigenen Land.*“, sondern die erforderlichen Konsequenzen zogen, die Flinten drehten und sich gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker erhoben.
- Die Kollegen der Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), die schon in den 1920ern und 30ern Untergrundnetzwerke gegen den europäischen Faschismus organisierten, Flugblätter verteilten, Kolleg\*innen schützten und versteckten, Waffentransporte der Faschisten blockierten und sabotierten, während sie Waffen und Interbrigadist\*innen zur Verteidigung der Spanischen Republik nach Spanien brachten.
- Basisgewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen in den Häfen von Genua und Piräus, die sich heute erfolgreich weigern, Waffentransporte für den zionistischen Völkermord in Palästina abzufertigen und damit wirksam und spürbar Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie der rechtsextremen Netanjahu-Regierung sind.

„*Erst wenn die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt ist, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, sind die Kriege unmöglich geworden.*“ so Rosa Luxemburg in ihrer [Verteidigungsrede am 20. Februar 1914 vor der Frankfurter Strafkammer](#), wo sie von der preußisch militaristischen Staatsanwaltschaft wegen ´Hochverrats´ angeklagt war, weil sie in zwei Versammlungen im September 1913 zum Kampf gegen die Kriegsgefahr aufgerufen und die Arbeiter\*innen aufgefordert hatte, im Falle eines Krieges nicht auf ihre „*Klassenbrüder in Frankreich und in anderen Ländern*“ zu schießen. Die zugrundeliegenden Paragraphen 110 und 111 des [kaiserlich deutschen Strafgesetzbuches](#) von 1871, erlassen von ´Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.´ lauteten:

§ 110.

*Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.*

§ 111.

*Wer auf die vorbezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat. (...)*

Ähnlichkeiten zu heute sind kein Zufall. Die Argumentation der deutschen militaristischen Exekutive beim Versuch des Verbots dieses Camps stützten sich auf dieselbe repressive Logik und Argumentation: Ein Staat der Krieg nach Außen führt, kann Widerstand im Innern nicht zulassen.

Rosa Luxemburg wurde 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und am 15. Januar 1919 auf dem Höhepunkt der Berliner Januarkämpfe der Novemberrevolution zusammen mit ihrem Genossen Karl Liebknecht für ihre klare revolutionäre und antimilitaristische Haltung von faschistischen Freikorpsoldaten mit Wissen und Billigung des SPD- „*Einer muss der Bluthund sein*“ - Innenministers Noske ermordet.

*„Erst wenn die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt ist, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, sind die Kriege unmöglich geworden.“* Bei diesem Stand der Entwicklung des (Klassen-) Bewusstseins sind wir leider offensichtlich noch lange nicht.

Eins ist jedoch klarer denn je: Wer nicht spätestens jetzt gegen den imperialistischen Krieg, Militarismus und Burgfrieden aufsteht, ist - heute wie gestern - morgen gezwungen, für die laufenden und nächsten Kriege zu produzieren und sie am Ende selbst, in Person zu führen und zu erleiden – bis zum bitteren Ende auf dem Schlachtfeld.

Die Gewerkschaften, die internationale organisierte Arbeiter\*innenbewegung wissen es besser. Sie wissen es aus ihrer Geschichte:

- Krieg und Hochrüstung waren noch nie im Interesse der Armen und Arbeitenden und sind es heute weniger denn je. Die bezahlen immer nur die Zeche; erst mit massiver Verschärfung der Ausbeutung, dann einhergehend damit mit der fortschreitenden Verschlechterungen ihrer Lebensverhältnisse und -chancen und final mit ihrem Blut, ihrem Leben und der Zukunft ihrer Kinder und Enkel.
- Die Oktoberrevolution 1917 in Russland und Millionen streikende Arbeiter\*innen im Januar 1918 insbesondere in Berlin und im Ruhrgebiet bahnten der Novemberrevolution in Deutschland den Weg und setzten dem Massenschlachten des Ersten Weltkrieges das Ende.
- In den 1980ern, als Europa zum atomaren Schlachtfeld der Großmächte gemacht wurde, standen international die Gewerkschaften mit der Friedensbewegung Schulter an Schulter – gegen den Militärisch-Industriellen-Komplex und die Kriegstreiber\*innen in den deren geschäftsführenden Ausschüssen in den Regierungen.
- Und bis 2019 war es gewerkschaftlicher Konsens: Rüstungskonversion statt Rüstungsproduktion, Rüstungsexport und Kriegsbeteiligung. Schwerter zu Pflugscharen!

Die Geschichte und unsere Kämpfe lehren: Kriege und Aufrüstung werden nicht von oben gestoppt, sondern von denen, die für nationalistische und militaristische Verhetzung zahlen und im Krieg als erste leiden.<sup>1</sup> Die Gewerkschaft gehört den Mitgliedern, nicht den Vorständen und den Kriegstreibern des Militärisch-Industriell-Digitalen Komplexes. Sie gehört denen, die Löhne und Leben verteidigen – nicht denen, die an Kriegen verdienen.

---

<sup>1</sup> [https://library.fes.de/itf/pdf/z16236/1923/z16236\\_1923\\_07.pdf](https://library.fes.de/itf/pdf/z16236/1923/z16236_1923_07.pdf)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, ist es hohe Zeit von der Analyse zur Meuterei zu kommen!

„Meuterei“ – das klingt groß. Aber was heißt es eigentlich?  
Es heißt: Sand ins Getriebe der Kriegsmaschine!

Rheinmetall, Krauss-Maffei, Airbus – sie bauen ihre Waffen nicht von allein.  
Sie leben von unserer Arbeit. Deshalb zählt jede Verweigerung.

- Trambahnfahrer:innen in München, die sich weigern Straßenbahnwagen mit Bundeswehrwerbung zu fahren.
- Hafenarbeiter\*innen in Genua und Piräus, die Waffen nicht verladen.
- Klinikpersonal, das sich militärische Notfallübungen verweigert.
- Schüler\*innen und Lehrer\*innen, die Jugendoffiziere und Bundeswehrwerbung von ihren Schulen verjagen.
- Betriebsräte und einzelne aufrechte IG Metall-Verwaltungsstellen, die Pläne für Rückkonversion ziviler Produktion in Panzerproduktion blockieren.

Aber Widerstand heißt nicht nur „in den Betrieben“.  
Militarisierung durchdringt längst unseren Alltag:

- Brötchentüten und Pizzakartons mit Bundeswehrwerbung.
- Kino-Spots für „*Karriere bei der Truppe*“ auch in den Kindervorstellungen – FSK 0!!!
- Soldaten in Uniform fahren gratis in Bahn und Tram – Kriegsreklame in Uniform.
- Zivilklauseln an Unis werden gestrichen, Hochschulen für Kriegsforschung geöffnet.
- Krankenhäuser werden in Kriegsübungen eingespannt.
- Die Wiedereinführung des verpflichtenden Kriegsdienstes steht unmittelbar bevor.

All das soll uns kriegstüchtig machen, ob wir wollen oder nicht!

Und genau hier beginnt Widerständigkeit: Im Alltag, in jeder Situation, in jedem Zusammenhang klar, laut und unmissverständlich Nein! sagen.

Jedes kleine Sandkorn gegen die Normalisierung der Barbarei und die massenhafte Abstumpfung ist Teil der Meuterei; ist Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie.

Genossinnen und Genossen, die [Weltuntergangsuhr](#) steht - leider zu recht - auf 89 Sekunden vor Mitternacht! Der Kapitalismus ist nicht in einer „*Phase der Reorganisation*“. Er befindet sich in seinem ‚*faulenden, final parasitären Stadium*‘, wie Lenin den Imperialismus beschrieb. Nicht als Randphänomen – sondern als zentrale Krisenantwort auf eine Weltordnung, die nichts mehr zu verteilen, aber ihre nach wie vor profitable Herrschaft zu verteidigen hat; gestützt auf Eigentumstitel, Staatsgewalt, Fabrikordnung, und Kasernenhofdisziplin.

Wir leben in einer Zeit, in der sich der Kapitalismus jetzt auch in den Metropolen des globalen Nordens seiner demokratischen Masken bürgerlicher Verfasstheit und ‚*Anständigkeit*‘ zunehmend beschleunigt entledigt. Der autoritäre Staat ersetzt den sozialen.

Militarismus ersetzt den Klassenkompromiss. Das neoliberale Versprechen „*Wenn du dich anstrengst, geht's dir gut*“ ist ersetzt durch das Kommando: „*Funktioniere. Oder geh unter.*“

Und genau deshalb braucht es unser NEIN!

- Nein! an der Werkbank und in der Betriebsversammlung.

- Nein! an der Kinotheke und im Kinosaal.
- Nein! auf dem Schulhof und im Hörsaal.
- Nein! in der Praxis und im OP.

Und: Dieses Nein! darf nicht vereinzelt bleiben.

Erst wenn wir es kollektiv aussprechen und leben, wird daraus eine Macht.

Darum sagen mittlerweile fast 28.000 Kolleg\*innen mit uns NEIN! – Gewerkschafter\*innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden:

- Wir organisieren uns!
- Wir stellen uns gegen jede Unterordnung unserer Gewerkschaften unter den imperialen Kurs – gegen jede Kooperation mit der Kriegsindustrie, gegen jede Beteiligung an Wehrtüchtigungs-Programmen, gegen jede ideologische Soldatisierung der Arbeitswelt.

Die Gewerkschaften gehören nicht an den konzertierten runden Tisch der Kriegsregierung – sie gehören an die Seite der internationalen Arbeiter\*innenklasse.

Wir sagen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land – aber nicht nur dort. Er steht überall, wo der Krieg geführt wird im Namen von Kapital, Nation, Gott oder ihrem sogenannten *‘Fortschritt’*.

Unsere Solidarität gilt nicht Staaten oder Nationen, sondern unseren Klassengenoss\*innen, den Kriegsdienstverweiger\*innen, den Deserteur\*innen, den Streikenden, den Geflüchteten, den Widerständigen. Überall!

Unsere Meuterei beginnt nicht morgen, nicht irgendwann.  
Sie beginnt heute. Hier. Mit uns!

In den Worten Bert Brechts aus seiner berühmt gewordenen Rede für den Frieden von 1952:

„Lasst uns denen, die in aller Öffentlichkeit Kriege führen, rechtfertigen und vorbereiten endlich die Hände zerschlagen!  
Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

DAS gilt es heute, fast ein dreiviertel Jahrhundert später, mehr zu beherzigen denn je!

**Seid widerständig!**  
**Sagt NEIN!**